



Sichtlich entspannt war die Atmosphäre innerhalb der Stuttgarter Delegation bei der BDK in Köln – auch wenn es dort nicht nur bei der Logo-Debatte sondern auch zu den Schwerpunktthemen Ökologie und Außenpolitik äußerst lebhaft Debatten gab.

### **Inhalt:**

- Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 8. Februar 2007, 20 Uhr  
im Kulturzentrum Merlin, Augustenstr. 72, S-West
  - Nichtraucherchutz
- Informatives zu Regionalkonferenz am, 10. Februar 2007
  - Was kommt nach der Großen Koalition?
  - Berichte zu Klimaschutz und Stuttgart 21
    - Aktuelles aus dem Kreisverband
    - und vieles mehr



Heft Nr.:

**77**

# Rundbrief

## Editorial



### Liebe Freundinnen und Freunde,

das neue Jahr und damit auch die Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik in der Europäischen Union hat kaum begonnen, und schon rumst es gewaltig auf der politischen

Bühne: Russland dreht den Ölhahn zu und bringt Bewegung in die Energiedebatte. Doch neben teilweise längst überfälligen Vorschlägen wie dem verstärkten Ausbau der erneuerbaren Energien oder einer Abspaltung der Netze, häufen sich auch die Rufe nach einer Ausweitung der Atomkraft. Hier müssen wir das Agieren der Kanzlerin besonders scharf im Auge behalten! Daneben steht in Berlin aber auch die endgültige Entscheidung über die Gesundheitsreform an. Der vorliegende Entwurf lässt leider nicht viel neuen Schwung für das Gesundheitssystem erhoffen.

Doch wir GRÜNEN sollen und wollen unsere Diskussionen nicht allein an den Versäumnissen und Streitereien der großen Koalition orientieren, sondern in 2007 grüne Ideen konkretisieren und uns als Partei mit den besten Konzepten für die Zukunft aufstellen. Daher will der Landesverband die positive Resonanz auf den Zukunftskongress in Berlin zur Durchführung einer ähnlich gelagerten Veranstaltung auf Landesebene nutzen und bei der Regionalkonferenz am 10. Februar mit uns über die Themen Frauenpolitik, Grundeinkommen, Ökologie und Rechtsradikalismus diskutieren. In diesem Rundbrief finden sich dazu nähere Informationen, und Ihr seid alle herzlich zur regen Teilnahme eingeladen.

Außerdem will ich euch an dieser Stelle nochmals an unseren grünen Neujahrsempfang am 25. Januar mit Boris Palmer erinnern, der uns Aktuelles zur anstehenden Entscheidung um Stuttgart 21 bieten wird. Am 8. Februar findet die Kreismitgliederversammlung mit dem Schwerpunkt Hochschulpolitik statt. Zu Gast wird u.a. Theresia Bauer aus der Landtagsfraktion sein.

Euch allen wünsche ich im Namen des Kreisvorstandes noch ein glückliches und gesundes Jahr 2007.

**Friederike Kaiser**

## Inhalt

Editorial	2
Einladung KMV - Hochschulpolitik	3
Nichtraucherschutz bleibt auf der Strecke	4
Regionalkonferenz:	
Welche Energiepolitik ist ökologisch?	5
Männer- Frauen -Gender	6
Rechtsradikalismus	6
Grundsicherung oder Grundeinkommen	7
Die unendliche Geschichte von Stuttgart	218
Zehn Jahre grüne Fraktionsvorsitzende	9
Klimaschutz - ganz schön warm hier	10
Was kommt nach der Großen Koalition?	11
Neues aus dem Kreisverband	12
Sein und Schein	13
Ortsverbände	14
Kontakte & Adressen	15
Termine & Veranstaltungen	16

## Impressum

### Rundbrief

Zeitschrift des Kreisverbands Stuttgart. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Herausgeber** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Stuttgart  
Hermannstr. 5a  
70178 Stuttgart  
Tel: 0711-6159501  
Fax: 0711-6159503  
buero.kv.stuttgart@gruene.de  
www.gruene.de/stuttgart

**Bank-** Stuttgarter Volksbank  
BLZ: 60090101,  
Konto-Nr.: 365674001

**Redaktion** Jan Fuhse (ViSdP)  
Friederike Kaiser

**Redaktions-sitzungen** Die Sitzungen sind öffentlich,  
Interessierte herzlich willkommen!  
Termin auf Anfrage

**Gestaltung** SanShine, Stuttgart

**Druck** Druckerei Steinkopf Stuttgart,  
Hermannstraße

**Ausgabe** Januar 2007

**Auflage** 650

**Bezug** Nichtmitglieder können den  
Rundbrief gegen ein Jahresentgelt  
von 16 Euro abonnieren.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht immer die Meinung der Redaktion bzw. des Kreisvorstandes wieder.

# Studienplätze – Quantität und/oder Qualität?

Einladung zur Kreismitgliederversammlung am 8.2.2007



Hiermit lade ich Euch herzlich zu unserer ersten Kreismitgliederversammlung in 2007 ein. Hauptthema ist dieses Mal die Hochschulpolitik. Hier gibt es seit einigen Jahren gravierende Änderungen und

Entwicklungen: Die Umstellung aller Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse, die Exzellenzinitiative mit der Kürung von ‚Elite‘-Unis und in Baden-Württemberg (und sechs weiteren Bundesländern) die Einführung von Studiengebühren.

Eine der größten Herausforderungen steht uns aber noch bevor: In den nächsten Jahren drängen geburtenstarke Jahrgänge in die Universitäten und Fachhochschulen. Hinzu kommt 2012 in Baden-Württemberg der ‚doppelte‘ Abiturjahrgang bei der Umstellung von 13 auf 12 Jahre Gymnasium. Ohnehin absolvieren in Deutschland weniger junge Leute ein Studium als in den meisten anderen OECD-Staaten. Wir brauchen mehr Studienplätze. Noch läuft der Trend aber in die Gegenrichtung: In Baden-Württemberg wurden in den letzten Jahren weniger Studienanfänger zugelassen als zuvor – ein Ergebnis der Umstellung auf die betreuungsintensiveren Bachelor- und Master-Studiengänge. Einerseits ist das gut – denn wir müssen die Studienbedingungen an unseren Hochschulen verbessern. Doch bei dem Bemühen um Qualität darf die Quantität nicht auf der Strecke bleiben. Kurzum: Wir brauchen Qualität und Quantität.

Der von der Bundesregierung angestoßene ‚Hochschulpakt‘ ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus. Wir laufen Gefahr, bei der Entwicklung zur Wissensgesellschaft den internationalen Anschluss zu verlieren. Und dass, wo Wissen und Ausbildung unsere wichtigste Ressource ist. Die Folgen sind viele junge Leute, die auf einen Studienplatz warten, und ein Fachkräftemangel in der Wirtschaft.

Wir wollen dieses wichtige Thema am 8. Februar mit Euch diskutieren. Unsere hochschulpolitische Sprecherin im Landtag, Theresia Bauer, wird uns über die Lage im Ländle informieren und Lösungswege aufzeigen. Außer-

dem auf dem Podium: Franz Boszak, einer der Protagonisten der Studi-Proteste und studentischer Vertreter im Universitätsrat der Uni Stuttgart. Ein dritter Referent steht noch nicht fest. Als zweites Thema steht mal wieder die Stuttgarter Kommunalpolitik auf dem Programm. Wie Ihr sicher aus der Presse mitbekommen habt, hat Ursula Marx aus privaten Gründen ihre langjährige Tätigkeit als Ko-Vorsitzende der Gemeinderatsfraktion beendet (Seite 9). Neue Fraktionsvorsitzende ist seit kurz vor Weihnachten Muhterem Aras. Wir wollen uns auf der KMV bei Ursula für ihren Einsatz bedanken und Muhterem die Gelegenheit geben, sich und ihre Vorstellungen und Anliegen den Mitgliedern vorzustellen.

Ein buntes Programm also – ich freue mich auf Euer zahlreiches Erscheinen und auf einen interessanten und anregenden Abend,

**Jan Fuhse**

P.S.: Natürlich findet auch vor dieser Kreismitgliederversammlung unser Treffen für Neumitglieder und Interessierte ab 19 Uhr im Café Merlin statt.

## Revolution bei Grün trifft Grün!

Zum ersten Mal seit Menschengedenken treffen sich die Grünen mal nicht im Stuttgarter Westen (wo ja eh ständig getroffen wird) und noch nicht einmal im Talkessel: Die nächste Runde Grün trifft Grün findet in Bad Cannstatt statt, und zwar

am **1. Februar**  
um **20 Uhr**  
im **Kunst-Café Palette**  
in der Brunnenstraße 19  
(Nähe U-Wilhelmsplatz oder Mühlsteg).

Bad Cannstatt, gehört das denn noch zu Stuttgart? Genau diese Frage wollen wir bei unserem Vor-Ort-Abstecher in geselliger Runde klären. Ansonsten steht mal wieder alles und nichts auf dem Programm: Wir werden in eher informellem Rahmen über aktuelle Themen der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik sprechen und uns über das Brauchtum auf der anderen Neckarseite informieren. Umso mehr lohnt sich der Besuch gerade für diejenigen, die sich sonst nur im Talkessel bewegen!

Auf interessante Entdeckungen und anregende Diskussionen freuen sich:

**Peter Pätzold** und **Jan Fuhse**

**Tagesordnung  
der KMV am  
Donnerstag,  
8. 2. 07,  
im Merlin,  
Augustenstr. 72,  
ab 20.00 Uhr:**

- 1. Hochschulpolitik:  
Studienplätze:  
Qualität und/  
oder Qualität?**
- 2. Wechsel an  
der Spitze der  
Gemeinderats-  
fraktion**
- 3. Verschiedenes**

## Nichtraucherschutz bleibt auf der Strecke



Auch im neuen Jahr ist klar: Passivrauchen gefährdet die Gesundheit. Tabak tötet mehr Menschen als Alkohol, Aids, Heroin und Unfälle im Straßenverkehr. Es geht nicht darum, das Rauchen zu verbieten, sondern vor al-

lem NichtraucherInnen vor Passivrauch zu schützen. Wie das funktioniert machen uns andere Länder vor. Inzwischen gibt es vollständige Rauchverbote für gastronomische Einrichtungen in Irland, Norwegen, Schweden, Lettland, Italien, Schottland und Teilen der Schweiz. England und Belgien ziehen in diesem Jahr nach. Wo bleibt Deutschland?

### **Bundesregierung hat sich abgehängt**

Beim Nichtraucherschutz ist Deutschland Schlusslicht in Europa. Die Bundesregierung hat sich selbst abgehängt! Mit den guten Vorsätzen für 2007 scheint es nicht weit her zu sein. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft setzt Deutschland keine Zeichen beim Nichtraucherschutz. Bereits im vergangenen Jahr einigte sich die große Koalition auf einen völlig verkorksten Kompromiss, der einem Kniefall vor der Tabakindustrie gleichkommt. Im Ergebnis verständigte sich eine schwarz-rote Arbeitsgruppe darauf, den Schutz vor Passivrauchen in der Gastronomie ausschließlich in Speisegaststätten, nicht aber in Bars und Kneipen zu gewähren. Dieser Kompromiss ist inkonsequent und nicht verfassungskonform. In Folge der Föderalismusreform besteht eine Zuständigkeit des Bundes nur in öffentlichen Einrichtungen des Bundes, bei Maßnahmen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz sowie bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst des Bundes und bei öffentlichen Verkehrsmitteln.

Union und SPD verharren noch im Winterschlaf. Anstatt endlich aufzuwachen, haben sie die nächste Arbeitsgruppe gegründet – diesmal eine Arbeitsgruppe der Bundesländer, in die VertreterInnen der Bundesregierung einbezogen werden sollen. Konkrete Ergebnisse sollen im Frühjahr vorgelegt werden. Die Zeichen für einen Richtungswechsel stehen schlecht. Im Dunst der koalitionsinternen Zuständigkeiten ist keine Besserung in Sicht.

### **Nichtraucherschutz im grünen Bereich**

Die grüne Bundestagsfraktion hat sich als bisher einzige Fraktion des Deutschen Bundestages zum Schutz vor Passivrauchen positioniert. Unser Antrag „Schutz vor Passivrauchen“ beinhaltet für die Bereiche, in denen gesetzgeberische Kompetenzen auf Bundesebene existieren, konkrete Ansatzpunkte. Er fordert Länder und Kommunen auf, ebenfalls zu handeln.

Wir fordern die Bundesregierung auf, einen wirksamen Schutz vor Passivrauchen in allen Gebäuden, Einrichtungen und Behörden im Zuständigkeitsbereich des Bundes zu verankern. Im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel muss der Schutz vor Passivrauchen ebenso verankert werden wie in Arbeitsstätten mit Publikumsverkehr. Hier gilt es, bestehende Ausnahmeregelungen zu streichen. Landesregierungen und Kommunen fordern wir mit unserem Antrag auf, in ihren Zuständigkeitsbereichen für einen konsequenten Schutz vor Passivrauchen Sorge zu tragen, insbesondere in Schulen und Krankenhäusern. Die Grünen im Landtag sind entsprechend aktiv, auch in anderen Bundesländern.

Wir haben die Weichen gestellt, um BürgerInnen vor Passivrauchen zu schützen. Die große Koalition ist aufgerufen, sich endlich für einen konsequenten Nichtraucherschutz zu engagieren und nicht mehr als verlängerter Arm der Tabakindustrie zu handeln. Es ist Zeit, die koalitionsinternen Nebelschwaden endlich aufzulösen und für frische und gesunde Luft beim Nichtraucherschutz zu sorgen.

### **Biggi Bender MdB**

Gesundheitspolitische Sprecherin  
Bündnis 90/Die Grünen

## Grüne Debatte auch im Landesverband

### Einladung zur zweiten grünen Regionalkonferenz

„Die Debatte hat begonnen – und geht weiter“ – mit diesem Aufruf lädt der Landesverband zu zweiten grünen Regionalkonferenz Baden-Württemberg ein. Eine offene und strukturierte Debatte, die in der wahlkampfarmen Zeit den Raum bietet, neue Ideen und offene Fragen voranzubringen – dies hatte auch vielen Stuttgarter Grünen schon bei der ersten Regionalkonferenz im letzten Juli zugesagt.

Vier Themen werden in vier Foren aufgegriffen: Grundsicherung, Energiepolitik, Geschlechterpolitik sowie Rechtsextremismus. Das Forum Grundsicherung ist dabei ein weiterer Schritt zu Beschlüssen über die grüne soziale Sicherung auf der nächsten Landes- und Bundesparteitagen im Herbst.

Kompetenz von innen und außen soll die Diskussion in den Foren beflügeln. Aber was sind spannende und strittige Aspekte? Als Anregung für Euch, dort oder an anderer grünen und nicht-grünen Orten mitzudiskutieren hier dazu vier Beiträge.

Die Regionalkonferenz findet am Samstag, den 10. Februar von 10 Uhr 30 bis 17 Uhr im Telekommunikationszentrum in Stuttgart-Vaihingen (Universitätstr. 34) statt. Sie ist offen für alle Interessierten. Deswegen von uns der Aufruf: Geht zur Regionalkonferenz und beteiligt Euch an der inhaltlichen Debatte! Aktuelle Informationen zur Regionalkonferenz findet Ihr auf [www.gruene-bw.de](http://www.gruene-bw.de)

**Andrea Lindlohr**

## Welche Energiepolitik ist ökologisch?

### Zum energiepolitischen Forum der Regionalkonferenz



Klimaschutz und Energiepolitik haben es auf die Titelseiten des Blätterwalds gebracht. Nach Monaten des Nicht-Winters glaubt auch jeder verbohrt Grüne-Hasser, dass der

Klimawandel keine Erfindung von uns ist. Die Öffentlichkeit stellt viele drängende Fragen: Können Erneuerbare Energien unseren Bedarf wirklich eines Tages decken, und wenn ja wann? Wie teuer wird das Öl? Wird Russland uns den Gashahn zudrehen? Wie viel Biomasseproduktion ist naturverträglich? Wir heizen zu den Fenstern raus – wie kann man das schnell ändern?

Unter der Überschrift ‚Für eine radikalen Realismus in der Ökologiepolitik‘ haben wir auf der letzten BDK in Köln Antworten, aber auch die für uns offene Fragen formuliert. Die zentrale Auseinandersetzung auf der BDK wird auch bei der Regionalkonferenz wichtig: Können die Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz die fossilen Energieträger und den Atomstrom so schnell ersetzen, dass wir keine fossilen Übergangstechnologien brauchen? Hans-Josef Fell MdB hat für diese Position auf der BDK keine Mehrheit bekommen – ich meine zurecht:

Neue Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke (GuD) sowie Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) haben mindestens den doppelten Wirkungsgrad herkömmlicher fossiler Kraftwerke. Ein neues GuD-Kraftwerk oder viele lokale Blockheizkraftwerke, die zum zügigen Abschalten eines alten Kohlekraftwerkes führen, bringen sofort weniger CO<sup>2</sup>-Emission. Ein kürzlich in Wertheim auch von Grünen leider verhindertes GuD-Kraftwerk zeigt aber auch: Es geht bei der Energiepolitik immer um Macht: Wir brauchen mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt, um mehr Klimaschutz und den Atomausstieg durch- und umzusetzen. Dafür müssen andere Anbieter auf dem Markt auch die Chance bekommen, eine wirkliche Rolle zu spielen – zum Beispiel der Stadtwerke-Verband Südweststrom, der in Wertheim investieren wollte. Als Stuttgarter können wir ja leider kein Teil davon sein. Gerade ein GuD-Kraftwerk ist besonders dazu geeignet, Einfluss auf die Strompreisfindung an der Strombörse EEX zu nehmen. Es ist grundlastfähig, kann aber auch in Spitzenzeiten relativ schnell hochgefahren werden. Wir brauchen daher gerade solche Kraftwerke im Besitz anderer Anbieter, damit die Monopolisten die Preise und damit die Kalkulation darüber, ob sie nun auch in hocheffiziente Technologien investieren müssten oder ihre alten Dinger ruhig länger laufen lassen können, nicht alleine bestimmen.

**Andrea Lindlohr**

## Männer – Frauen – Gender Zum frauenpolitischen Forum der Regionalkonferenz



Die politische Verantwortung für eine geschlechtergerechte Politik wird neuerdings gerne auf „Gender“ reduziert, was an sich schon die Frage aufwirft, von welchen sozialen Geschlechterrollen-Stereotypen der Begriff im Einzelfall geprägt ist. Und: der Genderbegriff sorgt oft dafür, dass Diskussionen um Männer- und Frauenpolitik gar nicht mehr stattfinden.

Dabei ist es wichtig, zwischen den Altersgruppen zu differenzieren. Welche Erwartungen hat die junge Generation an Geschlechtergerechtigkeit? Sind die alten Probleme auch die Neuen? Mit welchem Selbstverständnis gehen junge Männer und Frauen an die Fragestellungen der Zukunft heran?

### Die Zukunft von Beziehungsmodellen

Wenn von Familienpolitik gesprochen wird, ist in der Regel das Alleinverdienermodell und die Vater-Mutter Kind(er) Familie gemeint. Daran orientiert sich die Familienpolitik fast ausschließlich. Ob es das Elterngeld ist, das gut verdienende Mütter und Väter bevorzugt, ob es die „heilige Kuh“ Ehegattensplitting ist, die endlich auf den Schlachthof gehört oder ob es gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind, in der Männer und Frauen nach

wie vor in vieler Hinsicht steuer- und familienrechtlich benachteiligt sind – keines der vorhandenen Familienkonzepte sorgt für soziale, geschweige denn Geschlechtergerechtigkeit. Und es sieht nicht so aus, als ob es in Zukunft besser würde.

### Geschlechterrollen in der Arbeitswelt

Die Auswirkungen von Hartz IV auf Frauen haben gezeigt, wie wichtig es ist, den Genderspekt in die Diskussion um Grundeinkommen und Grundsicherung einzubeziehen. Es besteht die Gefahr, dass Frauen durch eine vordergründige „Absicherung“ aus dem Erwerbsleben gedrängt werden und dass soziale Netzwerke und Strukturen, die nicht mehr benötigt werden, verschwinden.

Die Produktionsarbeit wird immer mehr in Billiglohnländer verlagert, Aufgaben im Dienstleistungs-, sozialen- und Pflegebereich werden in den kommenden Jahren stark zunehmen. In Zeiten großer gesellschaftlicher und sozialer Umbrüche stellt sich die Frage der Rollenverteilung in der Wirtschaft komplett neu. Sind Männer fit für die Service-Gesellschaft? Wie sind Arbeitsgesellschaften organisiert, die eine Frauenquote haben? Ist soziale Gerechtigkeit auch eine Frage der Verteilung der Geschlechter in Wirtschaft und Industrie?

**Andrea Münch**

Mitglied der LAG Frauenpolitik

**Ulrike Maier**

Sprecherin der LAG Frauenpolitik

## Engagiert gegen Rechts Zum Rechtsradikalismus-Forum der Regionalkonferenz



Bündnis 90/Die Grünen waren seit ihrer Gründung diejenige Partei, welche sich vehement gegen totalitäres und fremdenfeindliches Gedankentum ausgesprochen hat. In den letzten Jahren

beobachten wir in Deutschland verstärkt ein aggressives Auftreten von Neonazis. Rassistisch motivierte Übergriffe auf MigrantInnen, aber auch andere, dem Weltbild der Neo-Nazis zuwider laufenden Menschen, sind eine trauri-

ge Realität in Deutschland.

Sicherlich ist die Lage in Ostdeutschland gravierender als im Südwesten. Dennoch steigt auch bei uns die Zahl der Gewaltakte, ist Rassismus im Stadion und unter Jugendlichen ein Thema. Fast vergessen scheint die Zeit, als in den 1990er Jahren die Republikaner in Baden-Württemberg im Parlament saßen. Im Sommer 2006 bezeichnete ein Stuttgarter Stadtmagazin den östlichen Rems-Murr-Kreis als die „No-Go-Area“ Schwabens. Das ist übertrieben. Dennoch: Bestimmte rechtsextreme Einstellungsmuster finden nach einer Studie der Friedrich-Ebert Stiftung Akzeptanz bis in die Mitte der Gesellschaft. Gleichzeitig führt die

Stuttgarter Staatsanwaltschaft einen missionarischen Kampf für das Verbot von durchgestrichenen Hakenkreuzen und diskreditiert damit die Prävention gerade in der Jugendarbeit.

Das Vorgehen der Rechtsextremen ist aggressiver und facettenreicher als früher, als noch Alt-Nazis den Ton angaben. Deshalb ist es richtig, dass wir Grünen uns diesem wichtigen Thema verstärkt widmen.

Im Forum Rechtsextremismus auf der Regionalkonferenz wird Kurt Möller, Professor von der FH Esslingen mit Forschungsschwerpunkt

Rechtsextremismus, einen Überblick über die Strategien der Rechten und deren Strukturen in Baden-Württemberg geben. Martin Bachhofer, Geschäftsführer der AGJF stellt die Konzeption eines „Netzwerks gegen Rechts“ in Baden-Württemberg vor. Nachmittags wird dann über die politische Vorgehensweisen im Umgang mit Rechtsextremisten diskutiert. Die Ergebnisse sollen die Grundlage liefern für einen Leitfaden, der als Arbeitshilfe für Grüne vor Ort dienen soll.

**Daniel Mouratidis**

## Grundsicherung oder/statt Grundeinkommen

### Zum sozialpolitischen Forum der Regionalkonferenz



Die Diskussion um die Weiterentwicklung des Sozialstaates spitzt sich gegenwärtig auf die Fragestellung zwischen Grundsicherung und Grundeinkommen zu.

Öffentlich hat die Idee des bedingungslosen Grundeinkommen eine große Resonanz. So spricht sich sowohl Prof. Götz Werner, Chef der Drogeriemarktkette dm für ein bedingungsloses Grundeinkommen aus, als auch der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus. In allen politischen Lagern finden sich Befürworter dieser Konzepte. Bei der FDP, wie bei den LINKEN und auch bei den GRÜNEN werden Spielarten der Idee diskutiert. Hinter der Forderung nach einem „Grundeinkommen“ versammeln sich die unterschiedlichsten Motive. Konservative oder neoliberale Grundsicherungsmodelle wollen die Sozialversicherungssysteme auf einen Mindestsokkel abschmelzen – ein riesiges Einsparprogramm im Namen von „Freiheit“ und „Selbstbestimmung“.

Im Mittelpunkt der Diskussion um ein Grundeinkommen steht oftmals die These vom „Ende der Arbeit“. Dieser stimme ich nicht zu: Die Erwerbsarbeit geht nicht zu Ende – sie verändert sich. Zu Ende gehen das so genannte „männliche Normalarbeitsverhältnis“ und der Traum von der „Vollzeitarbeitsgesellschaft“. Man mag die hohe Bedeutung, die der Erwerbsarbeit zugemessen wird für falsch halten. Aber man kann diese gewachsene Wert-

vorstellung nicht einfach ignorieren. Arbeit ist nach wie vor ein zentraler Lebensbereich, über den sich Menschen identifizieren. Von daher halte ich jegliche Anstrengungen die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und Brücken in den zweiten oder ersten Arbeitsmarkt zu schlagen für sinnstiftender als eine „Ruhigstellung“ der Arbeitslosen mit einem Grundeinkommen. Gerechtigkeit bedeutet für uns Grüne nicht nur Verteilungsgerechtigkeit, sondern vor allem auch Beteiligungs- und Chancengerechtigkeit. Es stellt sich die Frage, wie neben einem bedingungslosen Grundeinkommen die nötige Finanzierung der Infrastruktur erfolgen soll. Wir brauchen dringend höhere Ausgaben für die soziale Infrastruktur, insbesondere für die Verbesserung des Bildungswesens. Der Zugang zu Bildung ist die soziale Frage dieses Jahrhunderts. Ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt darauf keine Antwort.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass eine Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens auf absehbare Zeit unsere anderen politischen Vorhaben – sofern sie nicht kostenneutral umgesetzt werden können – auf Eis legen würde.

Wir lösen die Probleme der sozialen Sicherung nicht mit Systemdebatten. Sondern wir sollten uns in die gegenwärtigen realen Auseinandersetzungen einmischen und für eine Verbesserung von ALG II hin zu einer sozialen Grundsicherung streiten, mit einer Erhöhung der Regelleistungen, einer stärkeren Individualisierung der Leistung und einer Abkopplung vom Partnereinkommen.

Auch in der Sozialpolitik sollte grüne Politik zwar radikal aber auch realistisch sein.

**Brigitte Lösch**

## Die fast unendliche Geschichte von Stuttgart 21



Kommt es? Kommt es nicht? Kommt es? Kommt es nicht? Wie es um Stuttgart 21 steht, ist auch nach zehn Jahren mit vielen angeblich endgültigen Entscheidungsterminen das große

Rätsel der Landes- und Stadtpolitik.

Im vergangenen Herbst schien das Pendel zugunsten des Projekts auszuschlagen. In einem medialen Trommelfeuer, das sogar Verdunsturmareif geschossen hätte, wurde der Öffentlichkeit eingetrichtert, dass Stuttgart 21 überlebensnotwendig ist und am 23. Oktober 2006 in Berlin der Baubeschluss fällt.

Es kam anders. Ich war aus anderen Gründen in Berlin – es war der Montag nach der OB-Wahl in Tübingen – und konnte einem denkwürdigen Schauspiel folgen. Bundesverkehrsminister Tiefensee, Ministerpräsident Oettinger und OB Schuster erklärten der Presse das Ergebnis ihres Spitzengesprächs.

Tiefensee stellte souverän und maliziös lächelnd fest, er unterstütze selbstverständlich Stuttgart 21 und die Neubaustrecke, aber die vorgelegten Grobzahlen seien für eine Entscheidung nicht geeignet. Oettinger erklärte auf Nachfrage, Bahnchef Mehdorn fehle, weil er nichts von der Pressekonferenz gewusst habe. OB Schuster sah man an, wie die wackeren Schwaben in Berlin aufgelaufen waren.

Seit jenem Tag ziehen die Befürworter von Stuttgart 21 ins letzte Gefecht. Der Ministerpräsident hat den Einsatz erhöht und stellt die Neubaustrecke in Frage, falls der Tunnelbahnhof nicht kommt. Die drei großen Stuttgarter Zeitungen drucken Interviews mit Tiefensee ab, die in der Sache knallhart keinen Cent Entgegenkommen des Bundes enthalten, und trotzdem als angebliche Unterstützung für das Projekt überschrieben werden. Und wenn Tiefensee sagt, es sei nicht mehr die Frage ob, sondern wann die Neubaustrecke gebaut werde, wird sogar das auf Stuttgart 21 umgedichtet.

Über die verkehrlichen und städtebaulichen Aspekte des Projekts muss man nicht mehr reden. Entscheiden wird allein das Geld. Und da hat die Bahn nun die Fakten auf den Tisch gelegt. Interessanterweise in einem eigentlich

als geheim einzustufenden Informationsgespräch mit Landesjournalisten.

Die wichtigsten Zahlen in Kürze: In der Wirtschaftlichkeitsberechnung klafft eine Lücke von etwa 450 Millionen Euro, verursacht vor allem durch Kostensteigerungen und verringerte Erlöse der Bahn. Zusätzlich verlangt die Bahn die Absicherung eines Baukostenrisikos von einer Milliarde Euro, wovon sie selbst nur 20% übernehmen will und der Bund nichts. Der Bundesverkehrsminister spricht deshalb davon, dass in der Summe eine Finanzierungslücke von 1,5 Milliarden Euro zu schließen sei. Stadt, Land und Region sollen schon jetzt direkt und indirekt 1,8 Milliarden Euro für Stuttgart 21 zahlen. Die Verteuerung um eine Milliarde Euro muss man im Hinblick auf andere große Tunnelprojekte der Bahn als nahezu sicher ansehen. Die öffentliche Hand im Land müsste also nahezu drei Milliarden Euro für den Tunnelbahnhof ausgeben. Dazu käme nochmals fast eine Milliarde Euro Vorfinanzierungskosten. Finanzminister Stratthaus musste deshalb eingestehe, dass im Landeshaushalt keine dauerhafte Nullverschuldung möglich ist, wenn Stuttgart 21 realisiert wird.

Die Hoffnungen ruhen nun auf einem Machtwort der Bundeskanzlerin. Doch Mitte Januar antwortete Bundesverkehrsminister Tiefensee auf eine Anfrage unseres grünen Abgeordneten Winfried Hermann, der Bund werde seinen Finanzierungsanteil nicht erhöhen. Dieser sei abschließend festgelegt.

Damit ist Wirtschaftlichkeitsberechnung endgültig Makulatur. Denn dort waren 100 Millionen Euro zusätzlich vom Bund schon eingeplant. 250 Millionen Euro sollten von der EU kommen, mehr als 50 Millionen wären schon eine große Überraschung.

Die Zahlen sind so verheerend, dass mit einem Rest an finanzpolitischer Vernunft der Abschied von Stuttgart 21 im Frühjahr unvermeidlich sein wird. Ob die Landesregierung ihn aufbringt, ist weiterhin die große Frage. Die Verknüpfung der Gesundheitsreform mit dem Tunnelbahnhof, die von der Landes-CDU hergestellt wurde, hat dabei eine gewisse innere Logik: Beide Projekte sind so großer Murks, dass es viel für sich hätte, sie gemeinsam zu beerdigen. Wir arbeiten dran!

**Boris Palmer**

## Zehn Jahre grüne Fraktionsvorsitzende

### Wechsel in der Fraktionsspitze – Dank an Ursula Marx

Wir haben mit Ursula Marx und Werner Wölfle in unserer grünen Ratsfraktion seit 10 Jahren zwei kompetente und überaus engagierte Fraktionsvorsitzende, deren Arbeit wir bei der nächsten Kreismitgliederversammlung entsprechend würdigen wollen. Aber bereits heute an dieser Stelle: Herzlichen Dank im Namen des Kreisverbandes für die vielen Meilensteine grüner Kommunalpolitik in Stuttgart! Ursulas Verdienste möchten wir ganz besonders würdigen, da wir sie gleichzeitig auch als Fraktionsvorsitzende verabschieden. Ursula ist aus familiären Gründen vom Fraktionsvorsitz zurückgetreten. Ihre Nachfolge hat Muhterem Aras angetreten, der wir herzlich gratulieren und viel Erfolg in ihrem neuen Amt wünschen! Ursula Marx wird uns aber erfreulicherweise nach wie vor als grüne Stadträtin und gesundheitspolitische Sprecherin erhalten bleiben. Ursula war genau genommen sogar elf Jahre Fraktionsvorsitzende – zunächst in der Doppelspitze mit Michael Kienzle und seitdem mit Werner Wölfle. Sie ging in die Politik, weil sie etwas ändern wollte und begann ihr politisches Wirken 1991 im Vorstand. Damals schon unter anderen mit Werner Wölfle, als auch Reiner Götz und Bernhard Kübler. 1994 erreichten die Grünen bei der Kommunalwahl phänomenale 17,3 % – Ursula zog mit insgesamt elf StadträtInnen in den Gemeinderat ein. 1999



Nach 10 Jahren nicht mehr Fraktionsvorsitzende: Ursula Marx

und 2004 führte Ursula Marx die grüne Liste zur Gemeinderatswahl an und erreichte dabei stets Spitzenergebnisse. Sie kandidierte 1996 im Norden und 2001 im Filder-Wahlkreis auch für den Landtag und verfehlte zuletzt nur knapp den Einzug – bei einem für die Grünen insgesamt enttäuschenden Wahlergebnis. Ein besonderer Schwerpunkt ihrer kommunalpolitischen Arbeit war und ist die Gesundheitspolitik: Seit 1995 engagiert sie sich kompetent im AK Gesundheit – auch im Hinblick auf Naturheilverfahren und Homöopathie, aber auch 1998 mit dem Zukunftskongress „Gesunde Stadt“ initiierte sie den Gesundheitsbericht seitens der Stadt. Mit den Auseinandersetzungen um das städtische Klinikum traten die originären Gesundheitsthemen mehr in den Hintergrund. Ursula engagierte sich jedoch stets in enger Zusammenarbeit mit dem grünen Krankenhaus-Bürgermeister Klaus-Peter Murawski in allen daraus resultierenden Sachfragen und Themenbereichen wie vertragliche Vereinbarungen, Änderung der Rechtsform, mit der Gesundheitsreform zusammenhängenden Finanzierungsproblemen und Bundesdruck auf die Krankenhäuser, als auch Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus leitete Ursula den AK Energie, aus dessen Arbeit die Studie „Stuttgart ohne Atomstrom“ hervorging. Auch im Hinblick auf den Klimaschutz in Stuttgart setzte sie sich zusammen mit Silvia Fischer für regenerative Energien und den Bau von Passivhäusern ein. Mit Doris Peppler-Kelka kämpfte sie erfolgreich um den Erhalt der Streuobstwiesen am Rohrer Weg. Und nicht zuletzt steht Ursula bei den Grünen für den Einsatz für Anliegen älterer Menschen und deren Pflege, aber auch für Themenfelder wie Hospize, Bestattung, Friedwälder – die erst vor kurzem stattgefundenen Veranstaltung „Selbstbestimmt am Ende des Lebens“ war sehr gut besucht. Dazwischen hat sie natürlich viele Bäume gerettet, Bierräusche im Vaihinger Stadtgarten verhindert, Lärmschutzwälle auf den Weg gebracht, für saubere Luft mit demonstriert und vieles mehr, was hier gar nicht alles aufgeführt werden kann ...

Wir danken Ursula für ihr vielfältiges Engagement in der grünen Kommunalpolitik!

Im Namen des Kreisverbandes:

**Irmela Neipp-Gereke**

## Ganz schön warm hier!

### Klimaschutz – keine Zeit mehr für Ausreden



Das ungewöhnlich warme und trockene Jahr 2006 hat viele Menschen besorgt gemacht. Im Laufe der Erdgeschichte hat es zwar immer Klimaschwankungen gegeben. Forschungsergebnisse belegen jedoch, dass die

starken Abweichungen in den vergangenen Jahrzehnten durch menschliche, industrielle und landwirtschaftliche Aktivitäten verursacht wurden.

Die Generationen, die gegenwärtig Politik bestimmen, profitieren in hohem Maße vom Verbrauch fossiler Rohstoffe. Doch nicht nur der Kinder- und Enkelgeneration, auch uns selbst werden die Fluten, die Hitzewellen und Stürme mit allem damit einhergehenden Elend den Spaß am Genuss verderben.

Gefahren drohen durch die milden Temperaturen aber auch direkt vor unserer Haustür. Befürchtet wird eine neue Borkenkäferplage in den Wäldern, aber auch ein Anstieg neuer Infektionserkrankungen aus dem Mittelmeerraum.

#### Zu Fuß gehen

- Bei kurzen Strecken zu Fuß gehen oder das Fahrrad nutzen – kurze Autofahrten vermeiden
- Bei längeren Strecken Bus und Bahn nutzen
- Wenn möglich, auf Flugreisen verzichten. Weltweit betrachtet, ist der Flugverkehr der Bereich, in dem der CO<sup>2</sup>-Ausstoß am stärksten zunimmt.

Die Möglichkeit, zu handeln, die globale Erwärmung zumindest zu begrenzen, ist noch gegeben. Aber nicht mehr lange. Durch eine Verminderung des klimaschädlichen Gases CO<sup>2</sup> können wir den Treibhauseffekt eindämmen, aber nicht durch die Wiederbelebung oder gar den Ausbau von Atomkraft, sondern durch steigenden Einsatz erneuerbarer Energien und konsequentes Energieeinsparen. In Europa leben lediglich 7 % der Weltbevölkerung. Wir nutzen aber 20 % der weltweiten Ressourcen wie z. B. Holz, Lebensmittel und Energie. Jeder Europäer ist für jährlich für elf Tonnen Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, davon alleine fast neun Tonnen Kohlendioxid. Die privaten Haushalte verbrauchen ein Drittel der Energie in der EU und verursachen damit ein Fünftel des durch Energiegewinnung verursachten CO<sup>2</sup>-Ausstoßes. 70 % ihrer Energie verbrauchen die Haushalte zum Heizen, 14 % für das Erhitzen von Wasser und 12 %

#### Was jede/r von uns gegen Klimawandel tun kann:

##### Runterdrehen:

- Heizung zu Hause um 1°C runterdrehen – spart bis zu 300 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Haushalt und Jahr
- Thermostat und Zeitschaltung benutzen und nur heizen, wenn man zu Hause ist: spart 7-15% der Heizungsrechnung.
- Fenster und Türen von beheizten Räumen schließen. Alte Fenster durch Doppelverglasung ersetzen.
- Eine gute Wärmedämmung nutzen. Die durch Wände, Dach und Boden verlorene Wärme macht in der Regel mehr als 50% des Gesamtwärmeverlustes aus.
- Duschen statt Vollbad.
- Wasserhahn beim Zähneputzen zudrehen, spart einige Liter Wasser
- Kühlschrank nicht neben dem Herd aufstellen und regelmäßig abtauen

##### Ausschalten:

- Licht in leeren Zimmern ausschalten
- Energiesparlampen benutzen - Beleuchtungskosten werden um bis zu 60 Euro gesenkt und 400 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden
- Fernseher, Musikanlage und PC nicht auf „Stand by“ lassen, sondern richtig ausschalten (z.B. über den Aus-Knopf in einer Steckerleiste). Ein Fernseher verbraucht etwa 40% seiner Energie im Standby-Modus.
- Nach dem Aufladen des Handys Stecker heraus ziehen. Ladegeräte, die permanent am Stromnetz hängen, nutzen nur 5% ihres Stromverbrauchs zum Aufladen des Handy-Akkus.
- Auf grünen Strom umstellen. Derzeit werden in Europa nur 14% des Stroms aus klimafreundlichen erneuerbaren Energiequellen, wie Wind- und Wasserkraft, Holz, Biogas oder Solarenergie, gewonnen. Nachfrage schafft Angebot!
- Beim Kauf von neuen Haushaltsgeräten auf die europäische Energieeffizienzklasse A+ achten

für Elektrizität. 10 % der CO<sup>2</sup>-Emissionen in der EU stammen von privaten Autos.

Die Europäische Union hat unter dem Titel „Gewohnheiten ändern“ eine Klimaschutzkampagne gestartet: „Runterdrehen, Ausschalten, Recyceln, zu Fuß gehen“. Mit geringfügigen Änderungen unseres Alltagsverhaltens können wir damit zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen beitragen. Und sie helfen sogar, Geld zu sparen!

**Margit Riedinger**

#### **Recyceln**

- Beim Einkaufen Rucksack, Tasche oder Stoffbeutel verwenden.
- Glasflaschen, Papier und Dosen in die Recycling-Tonnen werfen. Das Recyceln einer Aluminiumdose spart 90% der Energie, die benötigt wird, um eine neue zu produzieren - pro Kilogramm Aluminium 9 kg CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- Produkte mit wenig Verpackung kaufen. Nachfüllpackungen nutzen.

## **Was kommt nach der Großen Koalition?**

### **Für ein Nachdenken über Minderheitsregierungen**

Uns Grünen fehlt zurzeit auf Bundesebene eine realistische Perspektive für eine Regierungsbeteiligung. Auf absehbare Zeit wird es wohl im Bund nicht für eine rot-grüne Mehrheit reichen, aber auch nicht für schwarz-gelb (oder schwarz-grün). 15 Jahre nach der Wende haben wir ein Fünf-Parteien-System ohne Mehrheiten für eins der bisherigen politischen Lager. Unbequeme Verhältnisse. Schuld daran ist die PDS/Linkspartei, die sich mit der letzten Bundestagswahl wohl endgültig in der politischen Landschaft der Bundespolitik etabliert hat.

Das ist für die Demokratie in der Bundesrepublik ein Riesenproblem. Denn Demokratie besteht wesentlich darin, dass ein Wechsel zwischen einem Regierungslager und einem Oppositionslager möglich ist. Nur dann haben die Wähler mit ihren Stimmen tatsächlich einen Einfluss auf die Regierungszusammensetzung. So lange wir aber eine schwarz-rote Koalition haben, ist ein solcher Wechsel zwischen Regierung und Opposition wenig realistisch. Außerdem wirken Große Koalitionen tendenziell desintegrativ auf das Parteiensystem: Meistens erstarken die kleinen Parteien – gerade am rechten oder linken Rand. In der letzten Großen Koalition in Deutschland hat auch die NPD starke Wahlergebnisse am rechten Rand bekommen und ist in mehrere Landtage eingezogen. In Österreich hat die Große Koalition in den Neunzigern den unaufhaltsamen Aufstieg des Rechtspopulisten Jörg Haider und seiner FPÖ gefördert. Keine beruhigenden Aussichten für die Bundesrepublik. Meine Prognose ist deshalb: Auch in vier Jahren werden weder die Union noch die SPD über 40 Prozent kommen – und wieder werden wir uns Gedanken über Ampel, Schwamperl, Rot-Rot-Grün oder eine Große Koalition machen müssen. Sinnvoll wäre eine Neuauf-

teilung in zwei Lager. Am ehesten könnten sich wohl Rot-Rot-Grün und Schwarz-Gelb in Zukunft als politische Gegner gegenüberstehen. Dieses Szenario macht mich nicht unbedingt glücklich – ich bin kein Freund der politischen Inhalte der Linkspartei. In einer solchen Konstellation müsste sich gerade die SPD immer wieder von der Linkspartei erpressen lassen. Während die SPD in der bürgerlichen Mitte um Mehrheiten kämpft, käme die Linkspartei am linken Rand mit immer neuen Forderungen. In Skandinavien – wo die Parteiensysteme ähnlich gelagert sind – begegnet man dem Problem mit Minderheitsregierungen. Diese müssen sich wechselnde parlamentarische Mehrheiten suchen und bleiben dabei erstaunlich agil und stabil.

Dany Cohn-Bendit wies schon vor der Bundestagswahl darauf hin: Wir müssen auch in Deutschland stärker über solche Minderheitsregierungen nachdenken und diskutieren. Der wahrscheinlichste Kandidat dafür ist eine rot-grüne Minderheitsregierung. Rot-grün müsste dann für bestimmte politische Maßnahmen um Unterstützung bei der Linkspartei, für andere bei der FDP oder der Union werben. Das sorgt für eine Stärkung des Parlaments – die Regierung könnte nicht mehr selbstherrlich verordnen, sondern müsste den parlamentarischen und gesellschaftlichen Diskurs suchen. Aber es könnte auch für politische Instabilität sorgen – wenn Union und FDP auf Blockadepolitik setzen und nur noch die Linkspartei als Mehrheitsbeschaffer bliebe (wie weiland in Sachsen-Anhalt). Vor einer solchen Minderheitsregierung müsste sich deswegen die politische Kultur in Deutschland ändern – denn diese baut bisher eher auf Konfrontation und Blockade als auf die konstruktive inhaltliche Auseinandersetzung.

**Jan Fuhse**

## Neues aus dem Kreisverband

### Kreisvorstand besuchte den KV Mannheim

Der Kreisvorstand hat im November eine „politische Butterfahrt“ zu unseren Parteifreundinnen und -freunden im KV Mannheim unternommen.

Der Kontakt hatte sich auf dem Pressefest der grünen Landtagsfraktion angebahnt. In lockerer Runde hatten dort beide KV die jeweiligen Vorurteile, die zwischen den beiden Großstädten im Ländle nun mal vorherrschen, gepflegt und in Sprüchen wie: „Industriebranche kann schön aussehen, wenn man etwas daraus macht. Wie wär's, wenn ihr in Mannheim ein paar Sonnenschirme rausstellen würdet?“ gegipfelt. Gleichzeitig wurde aber deutlich, dass wir politisch mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert sind.

An diesem Abend wurde die Idee geboren, sich doch gegenseitig zur Ausräumung von Vorurteilen und zum besseren Kennen lernen zu besuchen, was wir am 3. November schließlich umsetzen konnten. Thomas Hornung vom Wahlkreisbüro von Gerhard Schick hatte freundlicherweise ein schönes Programm für den Besuch zusammengestellt, das für uns die Orientierungssuche in der Quadrate-Stadt, ständiges Schiller-namedropping, den Besuch im Cafe „Cafga“, das einem grünen Bezirksbeirat gehört, einem Stadtrundgang mit Führer, den Besuch im Grünen Büro, wo Gerhard Schick zu uns stieß, und schließlich ein richtig gutes Essen im Restaurant „Strandgut“ im Musikpark Mannheim bereithielt.

Der politische Austausch mit der jungen Truppe, die seit einiger Zeit den KV Mannheim führt, zeigte zahlreiche Übereinstimmungen mit unseren Positionen. In naher Zukunft sind so durchaus gemeinsame Initiativen bei urbanen Themen denkbar. Schon bei der LDK machte sich der neue „kurze Draht“ positiv bemerkbar, als die beiden Großstadt-KVs bestimmte Initiativen gemeinsam unterstützten.

### Kreisvorstand vor Ort im Osten

Auf der zweiten Runde seiner „Kreisvorstand vor Ort“-Tour hat der Kreisvorstand am 20. November wieder im Stuttgarter Osten Station gemacht. Die Ortsverbände und Grünen-Mitglieder im Osten des Stadtgebiets, d.h. Cannstatt, Neckarvororte und Stuttgart-Ost, waren zahlreich ins Cafe Muse-O in Gablenberg gekommen, um mit den Vorstandsmitgliedern aber auch den Parteifreunden in den Nachbar-OVs zusammenzutreffen.

Das Treffen sollte dem Austausch und dem besseren Kennen lernen dienen. Der KVo informierte sich, wie die Lage in den Ortsverbänden ist und was dort in nächster Zeit ansteht. Die Vorstandsmitglieder berichteten aber auch darüber, was der Kreisvorstand sich fürs kommende Jahr vorgenommen hat. Aktuelle politische Diskussionen kamen natürlich auch nicht zu kurz

### OV Süd: Jahresausklang auf dem Weihnachtsmarkt

Die Grünen im Stadtbezirk Stuttgart-Süd haben das erfolgreiche politische Jahr 2006 auf dem Weihnachtsmarkt gesellig ausklingen lassen. Statt eines bierernsten OV-Treffens diskutierten die Ortsverbands-Aktiven und die Bezirksbeiratsfraktion bei Glühwein und gebrannten Mandeln die Wahlkämpfe des vergangenen Jahres und blickten nach vorn zu den politischen Herausforderungen im neuen Jahr 2007.

**Götz Rabeneick**

### GRÜNE Weihnachten

Ein junggrünes Jahr geht vorbei... da haben auch wir es uns erlaubt, ein bisschen sentimental zu werden. Mit zum größten Teil selbstgebackenen Bio-Plätzchen, Feuerzangen Bowle und Fotos von den Aktionen aus 2006 haben wir es uns in der Landesgeschäftsstelle gemütlich gemacht und gefeiert. Wir haben ein erfolgreiches und lustiges Jahr hinter uns – die Grüne Jugend hat kräftig beim Landtagswahlkampf geholfen und viele eigene Aktionen auf die Beine gestellt: ob Atomkraft, Tierschutz, Nachtbus... wir haben unsere Meinung laut geäußert und viele neue Jugendliche gewonnen, die uns zustimmen. Im Rahmen des Rings Politischer Jugend haben wir eine Konferenz zum Thema Schulsozialarbeit abgehalten, das Presseecho war durchweg positiv und unsere Gemeinderatsvertreter haben uns kräftig unterstützt. Nicht zu vergessen natürlich die grandiose Aktion in Verbindung mit dem Prozess gegen den Stuttgarter Anti-Nazi-Verbandhandel Nix-Gut – damit war die GJ Stuttgart sogar in der Tageschau zu sehen! Ihr seht, wir hatten allen Grund zum Feiern und haben uns selbst mit Schrottwichtelgeschenkchen belohnt. Nun geht es frisch ins neue Jahr – wir haben viel vor und wünschen Euch allen, dass ihr auch viele Ideen für das neue Jahr habt und Kraft und Lust, sie in politische Realität umzusetzen!

**Sarah Meyer**

## Sein und Schein



„Himmelwärts und erdverbunden“ benannte der Bundestags-Fraktionsseelsorgers und MdB Jo Krummacher am 10.1.2007 beim De-gerlocher Männer-treff seine CDU-Lo-beshymne.  
Völlig unbeein-druckt von seinen

Worten gibt sich der christdemokratische Bezirksbeirat von HeuRiedBuch (Heumaden, Rieden-berg, Sillenbuch). Die Damen und Herren mit dem neuen Kreisverbands-Justiziar Kaufmann am Steuer verirrt sich vielmehr ins so-zialpolitische Abseits. Zusammen mit den lo-kalen bürgerlichen Volksvertretern von FDP und Freien Wählern setzten sie durch, dass Bänke auf einer öffentlichen Freifläche beim Sillenbucher Markt demontiert werden sollen. Bereits vor einem Jahr ließ dasselbe „bürgerliche Lager“ an diesem Platz Tische abbauen. Durch die schrittweise Zerstörung der öffentli-chen Aufenthaltsfläche soll erreicht werden, dass angebliche Störenfriede verschwinden. Als solche wurden Jugendliche und offen-sichtlich nicht erwerbstätige Erwachsene aus-gemacht, welche den etwas abseits gelegenen Platz gerne nutzen. Mangels geeigneter Sani-täreinrichtungen (eine nahe gelegene Bezahl-toilette ist ungeeignet) pinkeln Männlein, aber

auch Weiblein in den umliegenden Bewuchs. Die damit von diesem Platz ausgehende – so-wohl akustisch als auch optisch eher unwe-sentliche – Störwirkung gehen Pfarrer Krum-machers himmelwärts strebende Politfreunde und –freundinnen nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“ an. Mit einer Sozialvari-ante von „let’s putz“ werden störende Mit-menschen örtlich beseitigt.

Die Grünen in HeuRiedBuch haben diese Vor-gehensweise im Rahmen ihres neuen Aktions-mottos „Zusammen leben“ kritisiert und be-mühen sich um eine kreative Umstrukturie-rung der diskriminierenden Entscheidung. Eine spontane Befragung der lokalen Bevölke-rung (mit Unterschriftenliste) hat ergeben, dass eine deutliche Mehrheit die Verdrän-gungspolitik nicht will.

Neben dem Versuch, z.B. durch eine persönli-che Einbeziehung von OB Dr. Schuster die schändliche Bankvernichtung zu verhindern, werden wir strukturelle Veränderungen vor-schlagen. Hierdurch soll die Aufenthaltsquali-tät einerseits verbessert, die Belästigungswir-kung zugleich aber gemindert werden. Falls MdB Jo Krummacher nicht nur „Andacht im Gebetsraum des Reichstags“ halten will, sondern auch mal vor Ort käme, könnte er bei-spielsweise über das Verhältnis von CDU und Menschenwürde oder über das Thema „Sein und Schein“ sprechen.

**Hans-Peter Kleemann**



# Schein und Sein

## Ortsverbände Kontakte und OV-Treffen

### Birkach/Plieningen

OV-Sprecher: Uli Träger  
Steinwaldstr. 54 A, 70599 Stuttgart  
Telefon 0711-4560502  
Fax: 0711-4560513  
mail: traeger@visuelle-gestaltungen.de

### Botnang

OV-Sprecher: Uwe Diemer  
Paul-Lincke-Str. 26, 70195 Stuttgart  
Telefon 0711-690566  
mail: uwe-h.diemer@t-online.de

### Cannstatt

OV-Sprecherin: Andrea Münch  
Hofener Str. 66, 70372 Stuttgart  
Telefon 0711-8826301  
mail: andrea.muensch@web.de

Der OV trifft sich idR jeden 3. Freitag im Monat,  
19.30 Uhr im „Café Zebra“, Wilhelmstraße 10

### Degerloch

OV-Sprecherin: Ingrid Fischer  
Hoffeldstr. 251, 70597 Stuttgart  
Telefon 0711-7261620  
mail: if.fischer@t-online.de

Der OV trifft sich regelmäßig - nach Absprache. Termine  
und Ort bitte bei der Sprecherin erfragen.

### Feuerbach

OV-Sprecher: Reiner Götz  
Thomas-Mann-Str. 71, 70469 Stuttgart  
Telefon 0711-857278  
mail: feurg@n.zgs.de

### Mitte

OV-Sprecher: Iris Weible  
Werastraße 115  
70190 Stuttgart  
Telefon 0711-2539750  
mail: iris@gj-stuttgart.de

Mark Breitenbücher,  
Bopserstraße 8, 70180 Stuttgart  
Telefon 0711-2599361  
mail: mark.breit@gmx.de

Der OV trifft sich i.d.R. jeden 2. Dienstag im Monat, 20 Uhr,  
im Murrhardter Hof, Wilhelmsplatz

### Möhringen

OV-Sprecher: Nikolaus Tschenk  
Anna-Peters-Str. 23, 70597 Stuttgart  
Telefon 0711-764829  
n.tschenk@web.de

Der OV trifft sich idR jeden 1. Donnerstag im Monat,  
20.00 Uhr, im Bürgertreff am Oberndorf-Platz

### Nord

OV-Sprecher: Henning Schürig  
Wiederholdstraße 12, 70174 Stuttgart  
0711-1229953  
henning.schuerig@gruene.de  
<http://basis.gruene.de/stuttgart-nord>

Der OV trifft sich unregelmäßig im Naturfreundehaus  
Steinbergle, Stresemannstr. 6, Termine bei Henning  
erfragen.

### Ost

OV-Sprecher: Roland Hartmann  
Pischekstr. 27, 70184 Stuttgart  
Telefon 0711-245367  
mail: hartmann@serviceconsult.de

Der OV trifft sich idR. jeden 1. Dienstag im Monat  
in der Gaststätte Sakristei, Gabl. Hauptstr. 84, 20.00 Uhr

### Sillenbuch

OV-Sprecher: Karsten Hoffmann  
Gorch-Fock-Str. 1, 70619 Stuttgart  
Telefon 0711-472626, Fax 4792628  
mail: KHoffmann@hitpm.de

Der OV trifft sich idR jeden 1. Dienstag im Monat  
um 20.00 Uhr in S-Heumaden in der Gaststätte Hochholz-  
grill, Hochholzweg 1 (Termine in den Schulferien erfragen)

### Süd

OV-Sprecher: Peter Pätzold  
Cottastr. 49, 70180 Stuttgart  
Telefon 0711-6406442  
mail: ov.stuttgart-sued@gruene.de

Der OV trifft sich idR am ersten Mittwoch im Monat um  
20.00 Uhr im „Lehen“, Ecke Lehen-/Liststraße.

### Vaihingen

OV-Sprecher: Dr. Roland Barthel,  
Brühlstraße 2, 70563 Stuttgart  
Telefon 0711-8825826  
mail: roland.barthel@iws.uni-stuttgart.de

Der OV trifft sich im MÜZE (Mütterzentrum).  
Termine bei Sprecher erfragen.

### West

OV-Sprecher: Ruth Schuhbauer  
Augustenstr. 123, 70197 Stuttgart  
Telefon 0711-6159805  
mail: ruthschuhbauer@t-online.de

Jan Sieckmann  
Telefon 0711-6209859  
mail: Jan.Sieckmann@web.de

BZB-Sprecherinnen: Margit Riedinger  
Zeppelinstraße 47, 70193 Stuttgart  
Telefon 0711-2166578  
mail: margit.riedinger@astuttgart.de

Uschi Preuthen  
Rötestraße 49, 70197 Stuttgart  
Telefon 0711-611215  
mail: preuthen@aol.com

Der OV trifft sich idR jeden ersten Mittwoch im Monat um  
20 Uhr im Café Merlin, Augustenstraße 72.

### Wangen-Hedelfingen

OV-Sprecherin: Barbara Stock-Edinger  
In den Stubenweinbergen 2; 70327 S  
Telefon 0711-4516399  
mail: barbara-edinger@gmx.de

### Weilimdorf

OV-Sprecherin: Annette Schäfer  
Molchweg 63, 70499 Stuttgart,  
Telefon 0711-861814  
mail: annette.schaefer@ba-  
wue.gruene.de

Termine und Ort der Treffen bitte bei der Sprecherin  
erfragen.

### Zuffenhausen

OV-Sprecher: Emeran Onana  
Rotweg 173, 70437 Stuttgart  
Telefon 0711-1201795  
emeran@arcor.de

Termine und Ort der Treffen bitte beim Sprecher erfragen.

Kontakt zu den Grünen in den nicht aufgeführten Stadt-  
teilen über die Kreisgeschäftsstelle,  
Telefon: 6159501, E-Mail: buero.kv.stuttgart@gruene.de

# Kontakte & Adressen

## Infos zu Stadt-, Landes-, Bundes- und Europaebene

### Kreisverband Stuttgart

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Kreisverband Stuttgart,  
Hermannstr. 5a, 70178 Stuttgart  
Telefon 0711-6159501  
Fax 0711-6159503  
info@gruene-stuttgart.de  
www.gruene.de/stuttgart  
Bank: Konto-Nr.: 365674001  
Stuttgarter Volksbank (60090101)

**Alain Grenier (Kreisgeschäftsführer)**

**Bürosprechzeiten:**

Mo., Do. und Fr.: 9-13 Uhr, Di.: 14-20 Uhr  
info@gruene-stuttgart.de

**Irmela Neipp-Gereke (Kreisvorsitzende)**

Birkendörfle 16, 70191 Stuttgart  
Telefon 0711-251104  
Fax 0711-251104  
irmela.neipp-gereke@gruene-stuttgart.de

**Götz Rabeneick (Kreisvorsitzender)**

Gebelsbergstraße 84c, 70199 Stuttgart  
Telefon 0711-6402337  
aym1@gmx.de

**Martin Steeb (Kreisschatzmeister)**

Burgstallstraße 17, 70199 Stuttgart  
Telefon 0711-2163604  
martin.steeb@stuttgart.de

### Wahlkreisbüro

**Büro Biggi Bender**  
Sandra Weber (Mitarbeiterin)  
Hermannstr. 5 A, 70178 Stuttgart  
Telefon 0711-26346177  
Fax 0711-6151725  
biggi.bender@wk.bundestag.de  
www.biggi-bender.de

### Gemeinderatsfraktion Stuttgart

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
IM GEMEINDERAT STGT.  
Rathaus Zimmer 8  
Marktplatz 1, 70173 Stuttgart

Telefon 0711-216-3604  
Fax 0711-216-5682  
gruene.fraktion@stuttgart.de  
www.stuttgart.de/gruene

**Muhterem Aras (Fraktionsvorsitzende)**

**Werner Wölfle (Fraktionsvorsitzender)**

**Martin Steeb (Fraktionsgeschäftsführer)**

### Regionalfraktion

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
REGIONALFRAKTION  
Kronenstr. 25, 70174 Stuttgart  
Geschäftsstelle  
Telefon 0711-2263-010  
Fax 0711-2262-320

**Elisabeth Häußler-Nebel (Geschäftsführerin)**

### Landtagsfraktion

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag von Baden-Württemberg  
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart  
Telefon 0711-2063-683  
Fax 0711-2063-660  
post@gruene.landtag-bw.de  
http://bawue.gruene-fraktion.de

**Brigitte Lösch**

Telefon 0711-2063-677

**Werner Wölfle**

Telefon 0711-2063-652

**Hedi Christian (Geschäftsführerin)**

Telefon 0711-2063-681  
hedi.christian@gruene.landtag-bw.de

### Landesgeschäftsstelle

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Forststr. 93, 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-99359-0  
Fax 0711-99359-99  
Landesverband@gruene-bw.de  
www.gruene-bw.de

### Landesvorstand

**Petra Selg (Landesvorsitzende)**

**Daniel Mouratidis (Landesvorsitzender)**

Telefon 0711-99359-0

**Harald Dolderer (Landesschatzmeister)**

Telefon 07144-821560

### Bundesgeschäftsstelle

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bundesgeschäftsstelle  
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin  
Telefon 030-28442-110  
info@gruene.de  
www.gruene.de

### Bundestagsfraktion

**Büro** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon 030-227-56789  
fraktion@gruene-fraktion.de  
www.gruene-fraktion.de

### Europabüro Stuttgart Heide Rühle

**Büro** Grünes Europabüro Baden-Württemberg  
Thilo Berner  
Forstraße 93, 70176 Stuttgart  
Telefon 0711-9935920  
Fax: 0711-9935999  
thilo.berner@gruene-bw.de

### Grüne Jugend Stuttgart

**Sarah Meyer (Vorsitzende)**

mail: sarah@gj-stuttgart.de

**Nico Herden (Vorsitzender)**

nico@gj-stuttgart.de

www.gj-stuttgart.de

## Termine & Veranstaltungen

Postvertriebsstück E 14082 – Entgelt bezahlt

**25.01. 19 Uhr**  
**Do grüner Neujahrsempfang**  
 Wagenhallen Nord, innerer Nordbahnhof, S-Nord.

**01.02. 20 Uhr**  
**Do Grün trifft Grün**  
 Kunst-Café Palette  
 Brunnenstr. 19, S-Bad-Canstatt

Bündnis 90/Die Grünen  
 KV Stuttgart · Hermannstr. 5 A · 70178 Stuttgart

**08.02. 19 Uhr**  
**Do Neumitgliedertreffen**  
 Café Merlin  
 Augustenstr. 72, S-West

**08.02. 20 Uhr**  
**Do Kreismitgliederversammlung**  
 Kulturzentrum Merlin  
 Augustenstr. 72, S-West

**10.02. 10 Uhr 30 – 17 Uhr**  
**Sa Regionalkonferenz**  
 Tagungszentrum der Telekom  
 Universitätsstr. 34, 70569 Stuttgart

**21.02. 10 Uhr**  
**Mi Politischer Aschermittwoch**  
 Stadthalle Biberach

**28.02. 20 Uhr**  
**Mi Grünes Frauennetz**  
 Kreisgeschäftsstelle,  
 Herrmannstr. 5a , S-West

**2.-4.03. ganztägig**  
**Fr. BUVKO - bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress,**  
 Stuttgart, nähere Informationen unter [www.buvko.de](http://www.buvko.de)

**03.03. 10 Uhr 15**  
**Sa Treffen der LAG Christen**  
 „Der Segen der Kichen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften?“  
 Landtag, Konrad-Adenauerstr. 12, S-Mitte

**29.03. 19 Uhr**  
**Do Neumitgliedertreffen**  
 Café Merlin  
 Augustenstr. 72, S-West

**29.03. 20 Uhr**  
**Do Kreismitglieder- und Jahreshauptversammlung**  
 Kulturzentrum Merlin  
 Augustenstr. 72, S-West

**03.05. 19 Uhr**  
**Do Neumitgliedertreffen**  
 Café Merlin  
 Augustenstr. 72, S-West

**03.05. 20 Uhr**  
**Do Kreismitgliederversammlung**  
 Kulturzentrum Merlin  
 Augustenstr. 72, S-West